



Motion Nr. 109 2012/2016

Eingang Stadtkanzlei: 16. August 2013

Quartierarbeit überprüfen und stärken

Im September 2011 hat der Grosse Stadtrat den B+A 12/2011 „Quartier- und Stadtteilpolitik“ beschlossen.

Mit den darin enthaltenen 12 Massnahmen soll die Lebensqualität im unmittelbaren Lebensumfeld – dem Quartier – der Bevölkerung erhöht werden.

Hinsichtlich des zu erwartenden Nutzens wie auch aus finanzieller Sicht zählen die Massnahmen 1 (Quartierarbeit in allen Stadtteilen) und 2 (Quartierarbeit: Koordinationsfunktion) zu den wichtigsten Elementen der neuen Quartier- und Stadtteilpolitik.

Bei der Massnahme 1 ging es darum, den bereits mit dem B+A 34/2006 „Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Stadt Luzern“ begonnenen Aufbau der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche zu vollenden, d. h. in allen Quartieren zu realisieren. Die Massnahme 2 sieht vor, dass die Quartierarbeit zusätzliche Aufgaben im Bereich Koordination und Vernetzung aller Zielgruppen übernimmt. Gemäss den Angaben im B+A 12/2011 beträgt der Anteil für die Massnahme 2 je Einzugsgebiet 20 Prozent, was bei sieben Stadtteilen 140 Stellenprozent ausmacht. Der Hauptanteil der Quartierarbeit liegt somit weiterhin in der Kinder- und Jugendarbeit.

Gemäss B+A kommt der Quartierarbeit in der Weiterentwicklung der Quartiere eine zentrale Rolle zu, weil sie:

- dezentral organisiert ist und einen unmittelbaren räumlichen Bezug zur Bevölkerung hat
- Angebote für wichtige Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Familien und Behinderte) erbringt
- innerhalb der Quartiere eine wichtige Koordinationsfunktion übernehmen kann
- eine Schnittstelle zur zentralisiert organisierten Verwaltung der Stadt Luzern übernimmt.

Auf die Einrichtung von eigentlichen Quartierzentren, wie dies andere Städte kennen, wurde bewusst verzichtet. Jedoch ist die Schaffung von „Kiosk-ähnlichen“ Büros für die Quartierarbeit vorgesehen.

Seit dem Beschluss des Grossen Stadtrates wird sowohl in den Medien wie auch aus der Bevölkerung Kritik an den „Quartierbüros“ geäussert. Zum einen werden die hohen Kosten der Massnahmen 1 und 2 von gesamthaft knapp 1 Mio. Franken kritisiert und zum andern wird

befürchtet, dass bestehende Freiwilligenarbeit durch die Quartierarbeit konkurrenziert oder gar verdrängt werde. Es muss konstatiert werden, dass die Quartierarbeit mit einem Akzeptanzproblem kämpft. Demgegenüber stehen langjährige, sehr gute Erfahrungen z. B. in den Quartieren Würzenbach, Hubelmatt, Moosmatt und Säli, in denen die Quartierarbeit bereits seit 2007 bzw. 2008 besteht.

Der Aufbau der Quartierarbeit muss aus finanziellen Gründen gestaffelt erfolgen. Erst Mitte 2014 sollen alle sieben Stadtteile über ein entsprechendes Angebot verfügen.

Der Stadtrat wird gebeten, dem Parlament per Ende 2013 einen kurzen Zwischenbericht zu unterbreiten und darin u. a. folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilen die Quartiervereine, der Verband der Quartiervereine sowie weitere wichtige Quartierkräfte die bisherige Zusammenarbeit mit der Quartierarbeit?
2. Wie beurteilt die katholische Kirche das Engagement der Stadt und insbesondere die Zusammenarbeit mit der Quartierarbeit?
3. Wie beurteilen allfällige Betroffene wie z. B. Jugendorganisationen (Pfadi, Blauring usw.) die geäußerte Kritik, wonach die Quartierarbeit ihre Tätigkeit behindere?
4. Wird mit den beschlossenen Massnahmen im B+A 12/2011 das Ziel, die Freiwilligenarbeit im Sinne der Subsidiarität zu stärken aus Sicht des Stadtrates sowie der Betroffenen, erreicht?
5. Sieht der Stadtrat aufgrund der bisherigen Erfahrungen sowie der Rückmeldungen der Stakeholder allenfalls Anpassungs- oder Optimierungsbedarf bei der Quartierarbeit?

Falls Anpassungs- oder Optimierungsmassnahmen aus Sicht des Stadtrates notwendig sind, soll der Zwischenbericht aufzeigen, wie diese umgesetzt werden.

Rieska Dommann
namens der FDP-Fraktion